

Ressort: Politik

Bundesregierung will Bankenfusion nicht steuerlich begünstigen

Berlin, 22.03.2019, 18:00 Uhr

GDN - Die Bundesregierung will offenbar für den möglichen Zusammenschluss der Deutschen Bank mit der Commerzbank keine gesetzlichen Sonderregelungen schaffen. Hoffnungen, wonach das Bundesfinanzministerium die Schaffung eines neuen Konzerns durch eine Änderung des Holdingrechts steuerlich flankieren und so finanziell unterstützen könnte, hätten sich zerschlagen, berichtet der "Spiegel" unter Berufung auf eigene Informationen.

"Das Bundesfinanzministerium plant gegenwärtig keine steuerrechtlichen Veränderungen in Bezug auf Holdingstrukturen", bestätigte das Finanzministerium. Damit wird das unter anderem von Aufsichtsbehörden favorisierte Holdingmodell unattraktiver. Deutsche Bank und Commerzbank hatten am vergangenen Sonntag angekündigt, Fusionsgespräche aufzunehmen. Sie könnten bis zu den Hauptversammlungen beider Institute am 22. und 23. Mai zu einem Ergebnis kommen. Intern wie auch unter den Aktionären gibt es jedoch massive Widerstände gegen den Zusammenschluss.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-122072/bundesregierung-will-bankenfusion-nicht-steuerlich-beguenstigen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619